

TÜRKEI

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit Juni 2024 hat sich die politische Lage in der Türkei weiter zugespitzt. Nach der Wiederwahl von Ekrem İmamoğlu als Istanbuler Oberbürgermeister und dem Erfolg der CHP in vielen Stadtbezirken kam es zu starken Spannungen mit der Zentralregierung. In mehreren CHP-geführten Bezirken von Istanbul wurden Bürgermeister_innen wegen Korruptions- und Terrorismusvorwürfen festgenommen oder abgesetzt. Im März 2025 begann eine breite Verhaftungswelle, bei der auch İmamoğlu und zahlreiche weitere CHP-Politiker_innen in Untersuchungshaft genommen wurden. Dies führte zu massiven landesweiten Protesten.

Die Demonstrationen richteten sich gegen die repressiven Maßnahmen der Regierung. Trotz Demonstrationsverboten und Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr versammelten sich Hunderttausende in Istanbul, Ankara und Izmir. Die Regierung reagierte mit scharfen Eingriffen: Festnahmen, Blockaden von Universitäten und Medienzensur waren an der Tagesordnung. Zahlreiche oppositionelle Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden unter Druck gesetzt oder geschlossen. Gleichzeitig wurden Ermittlungen zu den Gezi-Park-Protesten von 2013 wieder aufgenommen, was die politische Spannung weiter verschärfte.

Neben diesen innenpolitischen Konflikten kam es zu weiteren wichtigen außen- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen. Die Türkei intensivierte ihre Außenpolitik in der Region, unter anderem durch verstärkte militärische Präsenz in Syrien und diplomatische Bemühungen um den Konflikt im östlichen Mittelmeer. Die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt, unter anderem durch steigende Energiepreise und anhaltende Inflation, was soziale Spannungen verschärft.

Der sogenannte »Friedensprozess« zwischen der politischen kurdischen Bewegung und dem Regierungsbündnis befindet

sich derzeit in einer heiklen Phase. Die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Türkei haben in den vergangenen Monaten zu einer deutlich spürbaren Polarisierung geführt. Ohne substantielle Reformen und einen Dialog zwischen Regierung und Opposition ist eine Entspannung der Lage kurzfristig kaum zu erwarten. Die Stabilität des Landes steht weiterhin auf dem Spiel.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Im Zeitraum nach den Kommunalwahlen im März 2024, bei denen oppositionelle Parteien bedeutende Erfolge in mehreren Großstädten erzielten, blieb das Verhältnis zwischen Zentralregierung und kommunalen Verwaltungen angespannt. Besonders auffällig waren Berichte über administrative Verzögerungen bei sozialen Projekten wie kommunalen Kindergärten und städtischen Kantinen in CHP-geführten Städten. Lokale Initiativen, die auf soziale Inklusion und Unterstützung einkommensschwacher Gruppen zielen, wurden in manchen Fällen durch bürokratische Auflagen oder das Ausbleiben zentralstaatlicher Fördermittel erschwert – eine Problematik, die zu Debatten über parteipolitische Ressourcenverteilung auf lokaler Ebene führte.

Auch 2025 zeigte sich die wirtschaftliche Gesamtsituation weiterhin fragil. Nach Mehmet Şimşeks Rückkehr ins Finanzministerium verfolgte die Regierung eine orthodoxe Stabilisierungspolitik. Sie setzte auf höhere Zinsen, Ausgabendisziplin und das Management der Devisenreserven. Diese Politik zielte darauf ab, das Vertrauen der internationalen Märkte zurückzugewinnen. Zwar gelang eine teilweise Stabilisierung der Lira, doch die Inflation bleibt hoch – mit offiziellen Raten um 38 Prozent (April 2025) und inoffiziellen Schätzungen deutlich darüber. Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn wurde zum 1. Januar 2025 auf 22 104 TL erhöht, was beim jetzigen Wechselkurs von 1 € = 44 TL (Stand: Ende Mai 2025) rund 502 € entspricht. Oppositionskreise kritisieren, dass diese Anpassung kaum ausreicht, um die steigenden Lebenshaltungskosten abzufedern. Zudem wird der Haushaltspolitik der Regierung durch ihre Kritiker vorgeworfen, soziale Pro-

gramme und Investitionen in Bildung und Gesundheit zu stark einzuschränken.

Der Arbeitsmarkt zeigte weiterhin strukturelle Schwächen. Laut dem türkischen Statistikamt TÜİK lag die saisonbereinigte enge Arbeitslosenquote im März 2025 bei 7,9 Prozent, während die erweiterte Arbeitslosenquote 28,8 Prozent betrug. Gleichzeitig bleibt die soziale Sicherung fragmentiert. Die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle erreichte laut der ISIG-Initiative erneut über 1 700 Fälle im Berichtszeitraum – ein Indikator für mangelnde Durchsetzung von Arbeitsschutzgesetzen. Gewerkschaften, vor allem aus dem progressiven Spektrum, beklagten weiterhin Einschränkungen bei der kollektiven Interessenvertretung und Streikmöglichkeiten.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Obwohl die gewerkschaftliche Organisationsquote in der Türkei in den vergangenen Jahren leicht gestiegen ist (aktuell 14,97 Prozent), hat dieser Anstieg bisher keinen spürbaren Einfluss auf die tatsächliche Handlungskraft der Gewerkschaften gehabt. Ein zentrales Problem ist, dass Tarifverträge nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten und in vielen Betrieben aufgrund gesetzlicher Hürden gar keine Tarifverträge abgeschlossen werden können. Dadurch bleibt die Tarifbindung im privaten Sektor weiterhin bei nur etwa 6 Prozent.

Das Streikrecht, das ohnehin durch langwierige bürokratische Verfahren eingeschränkt ist, wird oft durch richterliche Streikverbote faktisch ausgehebelt. Offizielle Streiks wurden vielfach durch Arbeitsniederlegungen oder alternative Protestformen ersetzt. Im Metallsektor kam es trotz Verbote zu erfolgreichen Streiks. Dies zeigt, dass die Regierung zwar versucht, Gewerkschaften einzuschränken, gleichzeitig aber angesichts wachsender Unzufriedenheit, hoher Inflation und Arbeitslosigkeit in manchen Situationen auch Spielräume entstehen.

Ein weiteres großes Defizit bleibt die innergewerkschaftliche Demokratie. Besonders in den großen, regierungsnahen Gewerkschaften ist sie kaum vorhanden. Doch auch in linken Gewerkschaften ist sie kulturell noch nicht ausreichend verankert. Institutionalisierungsversuche führten häufig zu mehr Bürokratie statt zu mehr Mitbestimmung. Demokratische Strukturen sind kaum spürbar.

Wichtige Aufgaben bleiben mehr Mitbestimmung für Frauen und Jugendliche, sowie Engagement gegen Diskriminierung. Vor allem im informellen Sektor sind Arbeitsrechtsverletzungen weitverbreitet. Auch *White-Collar*-Angestellte im privaten Sektor mit sehr niedrigem Organisationsgrad, die sich oft nicht als Arbeiter_innen verstehen, könnten durch gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit ein stärkeres Bewusstsein entwickeln und allgemeine Gewerkschaftsbewegungen motivieren.

Als Reaktion auf rechtliche Blockaden und die als unbeweglich empfundenen bürokratischen Strukturen traditioneller Gewerkschaften haben unabhängige Gewerkschaften in letzter Zeit an Sichtbarkeit gewonnen. Beispiele dafür sind die Lehrer_innengewerkschaft im privaten Sektor, Bauarbeitergrup-

pen oder die Proteste von Motorradkurierern in der Plattformökonomie.

Nach den Festnahmen von Ekrem İmamoğlu und einigen CHP-Bürgermeister_innen gerieten insbesondere die Gewerkschaften des Dachverbands DISK, die stark in sozialdemokratisch geführten Kommunen verankert sind, in ein politisches Dilemma. In einigen Streikfällen wurde den Gewerkschaften vorgeworfen, nicht genügend Widerstand geleistet zu haben, um die CHP-Kommunen gegen den Druck der Regierung zu schützen.

Auf der Agenda der oppositionellen Gewerkschaften standen im Jahr 2025 zentrale Forderungen wie die Aufhebung des faktischen Streikverbots, der Abbau bürokratischer Hürden gegen die Vereinigungsfreiheit, Maßnahmen für Arbeitsgesundheit und -sicherheit, die Erhöhung des Mindestlohns, die rechtliche Gleichstellung von Beschäftigten in Subunternehmen sowie die Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz.

GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI – DATEN UND FAKTEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei beginnt Anfang der 1950er-Jahre. Die juristischen Grundlagen für die Gründung einer Gewerkschaft wurden 1947 gelegt. Fünf Jahre später gründete sich die TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften) als erster Gewerkschaftsbund. Das dafür zugrunde gelegte Gesetz sah jedoch weder ein Recht auf Tarifverhandlungen noch ein Streikrecht vor. Die Position des Dachverbandes sollte über der Parteipolitik stehen und damit politisch unabhängig sein; in der Praxis zeigte sich der Dachverband jedoch eher regierungsfreundlich. Drei Jahre nach dem Militärputsch von 1960 wurden die Gewerkschaftsgesetze Nr. 274 und 275 über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen verabschiedet. Darin wurde das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen anerkannt, wodurch die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren wachsen konnten. Nach dem Militärputsch von 1980 kam mit einer neuen Verfassung ein restriktiveres Gewerkschaftsgesetz, das 2012 reformiert wurde. Die wesentlichen Probleme der Gesetzgebung von 1980 wurden dabei jedoch nicht behoben.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In der Türkei gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen »Arbeiter_innen« und »Beamt_innen«. Beide Kategorien arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Gesetze (Nr. 4857 und Nr. 657) und können sich gemäß unterschiedlichen Gesetzen (Nr. 6356 und Nr. 4688) auch nur entweder in »Arbeiter_innengewerkschaften« oder in »Beamt_innengewerkschaften« organisieren. Der größte Unterschied im Arbeitsrecht zwischen Arbeiter_innen und Beamt_innen ist die größere Beschäftigungssicherheit von Beamt_innen, die jedoch mit einem Streikverbot einhergeht. Die TÜRK-İŞ ist weiterhin der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, obwohl ihr Anteil seit 2013

Tabelle 1:

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Türkei

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu, TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften)	Ergün Atalay	1 313 000	EGB, IGB
Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu, HAK-İŞ (Konföderation der »wahren« Arbeiter_innengewerkschaften)	Mahmut Arslan	847 841	EGB, IGB
Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu, DİSK (Konföderation der Revolutionären Arbeiter_innengewerkschaft)	Arzu Çerkezoğlu	363 706	EGB, IGB
Memur Sendikaları Konfederasyonu, MEMUR-SEN (Konföderation der Beamt_innengewerkschaften)	Ali Yalçın	1 078 802	–
Türkiye Kamu Çalışanları Sendikaları Konfederasyonu, KAMU-SEN (Konföderation der Öffentlichen Arbeiter_innengewerkschaften der Türkei)	Önder Kahveci	569 546	–
Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu, KESK (Konföderation der Gewerkschaften der öffentlichen Arbeitnehmer_innen)	Ayfer Koçak/Ahmet Karagöz (Co-Vorsitzende)	168 467	EGB, IGB

Tabelle 2:

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Türkei

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hizmet-İş (Dienstleistungsgewerkschaft)	HAK-İŞ	Mahmut Arslan	280 769	PSI, EPSU
Türk Metal (Türkische Metallgewerkschaft)	TÜRK-İŞ	Uysal Altındağ	293 829	IndustriAll, IndustriAll Europe
Özsağlık-İş (Gewerkschaft der Gesundheits- und Sozialarbeiter_innen)	HAK-İŞ	Devlet Sert	224 289	–
Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der allgemeinen Dienstleistungsarbeiter_innen)	DİSK	Remzi Çalışkan	171 348	PSI, EPSU
Belediye-İş (Türkische Gewerkschaft der kommunalen und allgemeinen Dienstleistungsarbeiter_innen)	TÜRK-İŞ	Nihat Yurdakul	126 182	PSI, EPSU,
Tez-Koop-İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büro und bildende Künste der Türkei)	TÜRK-İŞ	Haydar Özdemiroğlu	126 431	IndustriAll, IndustriAll Europe
Koop-İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büroarbeiter_innen)	TÜRK-İŞ	Eyüp Alemdar	124 095	UNI, UNI Europa

von 71 Prozent auf 57 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in der Türkei zurückging. Die Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DİSK) wurde 1967 nach einem Streik in einer Glasfabrik gegründet, der zur Spaltung innerhalb des TÜRK-İŞ geführt hatte. Die DİSK steht der »klassenorientierten Gewerkschaftstradition« nahe und verortet sich klar im linken Lager. Nach dem Militärputsch von 1980 hat DİSK einen großen Teil

ihrer Mitglieder an TÜRK-İŞ verloren, da sie bis 1991 verboten war. Die beiden DİSK-Mitgliedsgewerkschaften Genel-İş und Birleşik Metal-İş machen über 73 Prozent der Gesamtmitgliederzahl aus. Zum Abschluss von Tarifverträgen sind sieben der 22 DİSK-Mitgliedsgewerkschaften autorisiert. 1976 wurde die Konföderation der »wahren« Arbeiter_innengewerkschaften HAK-İŞ gegründet, die für einen nicht konfrontativen Kurs und

einvernehmliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer_innen steht. Im Vergleich zu DISK konnte die HAK-İŞ ein Jahr nach dem Putsch, also bereits 1981, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Führung von HAK-İŞ favorisiert gewerkschaftliche Arbeit, die auf sozialem Dialog basiert, und sie ist stolz, dass in jüngerer Zeit das Konzept weitgehende Akzeptanz in der Arbeiter_innenbewegung findet. Die »ideologische« Nähe zu der Regierungspartei AKP kann ihr rapides Wachstum insbesondere ab 2010 erklären.

In den 1980er-Jahren gab es zwar immer noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten der Staatsbediensteten, aber mit Berufung auf maßgebliche internationale Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit forderte man das demokratische Recht auf Gründung von Gewerkschaften ein. Den Anfang machten dabei in den frühen 90er-Jahren die Lehrer_innen und die Angestellten der Kommunen. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde ein Rat zur Gründung eines Dachverbandes der Beamt_innengewerkschaften eingesetzt, der in einer Reihe landesweiter Demonstrationen, Märsche, Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen für das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen kämpfte. 1995 trugen diese Anstrengungen Früchte mit einer Verfassungsänderung, die Staatsbediensteten das Recht auf Vereinigung gewährte. In den 1990er-Jahren entstanden dann die drei gegenwärtig größten gewerkschaftlichen Dachverbände der öffentlich Bediensteten: Türkiye Kamu-Sen (1992), KESK (1995) und Memur-Sen (1995). Die Beamt_innengewerkschaften teilen sich ebenfalls entlang ideologischer Fronten. Türkiye Kamu-Sen steht der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) nahe, KESK versteht sich als links und Memur-Sen steht der AKP nahe. Derzeit gibt es laut offiziellen Angaben von 2020 ca. 2,7 Millionen Beamt_innen in der Türkei. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lehnte 2006 und 2011 zwei Mal den Mitgliedschaftsantrag von Memur-Sen ab, weil die Unabhängigkeit von Memur-Sen als Gewerkschaftsdachverband als zweifelhaft angesehen wird. Während des Ausnahmezustandes von Juli 2016 bis Juli 2018 wurden knapp 126 000 Beamt_innen entlassen. Ein Bericht der KESK von 2017 stellt fest, dass 67 Prozent der entlassenen Beamt_innen Gewerkschaftsmitglieder waren. Die oppositionelle und regierungskritische KESK litt seit 2012 unter Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen. 2012 wurden 72 KESK-Mitglieder und Funktionär_innen mit der Anschuldigung, Kontakt zur PKK zu haben, verhaftet. Ein Jahr später wurden sie alle entlassen, doch das Verfahren dauerte bis 2017 an. Nach einem KESK-Bericht wurden während des Ausnahmezustandes 66 KESK-Mitglieder und Funktionär_innen verhaftet, 4 218 haben ihre Arbeit verloren.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Während der Militärdiktatur zwischen 1980 und 1983 wurden zwei sehr einschränkende Gewerkschafts- und Tarifvertragsgesetze erlassen, die ab 1983 in Kraft traten. Durch diese Gesetze wurde es wesentlich schwieriger, Gewerkschaftsorganisationen in neuen Unternehmen aufzubauen, wodurch auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften ständig fiel. Erst durch den Druck der Gewerkschaften, der EU und der ILO kam es zu einer Debatte über ein neues Gewerkschaftsgesetz. Das

neue Tarifvertragsgesetz von 2012 beinhaltet einige Fortschritte, wie beispielsweise bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sowie internen Funktionen von Gewerkschaften. Jedoch blieben viele Einschränkungen des früheren Gesetzes, etwa zum Streikrecht, erhalten. Durch dieses Gesetz ist die Bevollmächtigung zu Tarifverhandlungen für neu organisierte Gewerkschaften nach wie vor schwierig. Bis heute benötigt man für das Mandat zu Tarifverhandlungen eine Mindestmitgliedschaft von 50 Prozent der Belegschaft in einem Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten wurde dies auf 40 Prozent gesenkt. Wenn diese Hürde überwunden ist, sieht sich die Gewerkschaft einer gesetzlichen Regulierung gegenüber, die sich auf die jeweilige Branche bezieht. Die Gewerkschaft muss ein Prozent aller Arbeiter_innen in ihrer Branche als Mitglied registriert haben, bevor sie als tariffähig gilt. Dies bedeutet in manchen Branchen, dass eine Gewerkschaft erst mindestens 40 000 Mitglieder registrieren muss, um tariffähig Verhandlungen zu führen. Doch nicht nur die einzelnen Hürden wie die Autorisierung zu Tarifverhandlungen sind problematisch, sondern der gesamte Mechanismus. Auch wenn eine Gewerkschaft beide Hürden überwindet, beim Ministerium die Autorisierung beantragt und diese dann auch erhält, kann der Arbeitgeber dagegen klagen. Gewerkschaften sind nicht berechtigt zu Tarifverhandlungen, bevor das Gericht entscheidet, was mehrere Jahre dauern kann. Nur rund ein Drittel der Organisationsversuche endet trotz der langen Bürokratie mit einem Tarifvertrag. Beamt_innen erhielten durch die Änderungen des Gesetzes zu staatlichen Arbeitgeber_innenvereinigungen und Tarifverträgen Nr. 4688 erstmals das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seitdem wurde alle zwei Jahre ein Tarifvertrag unterzeichnet. Die Verhandlungen sind auf einen Monat begrenzt und das Streikverbot für Beamt_innen besteht fort. Wenn sich beide Seiten während der Verhandlungen nicht einigen können, fällt eine spezielle Schiedsstelle die Entscheidung. Die Regierung bestimmt die meisten Mitglieder dieser Schiedsstelle.

Nach dem Militärputschversuch im Juni 2016 wurde das Streikrecht weiter eingeschränkt. Auf Druck der Opposition hob das Verfassungsgericht 2014 das generelle Streikverbot im öffentlichen Nahverkehr und im Bankwesen auf. Doch dieses wurde durch eine Ausnahmezustandsverordnung am 5. November 2016 wieder einkassiert. Dementsprechend kann die Regierung Streiks im öffentlichen Nahverkehr und Bankwesen verbieten, wenn sie eine »Gefährdung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität« darstellen. Seit Anfang 2017 hat die Regierung Streiks von ungefähr 150 000 Beschäftigten verboten. In den meisten Fällen benötigt man aber kein offizielles Verbot, der Prozess läuft eher durch indirekte Abschreckungsstrategien. Aufgrund der steigenden Zahl von Streikverboten und der Inhaftierung von Gewerkschaftsfunktionär_innen wurde die Türkei auch im Jahr 2024 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als eines der zehn Länder mit den schlechtesten Bedingungen für Gewerkschaften bezeichnet. Die Repressionen trafen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle progressiven und demokratischen Kräfte des Landes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften in der Türkei haben zwei unterschiedliche Gesetzesrahmen: einen für den privaten Sektor und einen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften agieren in diesem Kontext je nach ihrer ideologischen Überzeugung. Die Türkei hat keinen Einzeldachverband und die Zersplitterung schwächt die Gewerkschaften sowohl auf Branchen- als auch auf Unternehmens- und Betriebsebene. Sie schaffen es kaum, die gesetzlichen Hürden zu überwinden, um tariffähig zu sein. In der Türkei ist es gesetzlich nicht möglich, Betriebsgewerkschaften oder Berufsgewerkschaften zu gründen. Der Staat bestimmt 20 Branchen und jede_r Arbeitnehmer_in im privaten Sektor ist einer dieser Kategorien zugeordnet. Arbeitnehmer_innen dürfen nicht in einer Gewerkschaft aus einer anderen Branche Mitglied werden. Die Mitgliedschaften sind im Gegensatz zu den Datenschutzprinzipien nur durch ein Onlinesystem über den Staat zu registrieren. Unter anderem, weil es in der Türkei keine gesetzlich geregelten Betriebsräte gibt, bereiten die Gewerkschaften die Tarifverträge sehr umfangreich vor und die Verhandlungen können lange dauern. In den Fällen, bei denen die Arbeitgeber einen Verband gründen und zusammen agieren, können die Gewerkschaften Gruppenverträge verhandeln und – wenn es dazu kommt – Gruppenstreiks organisieren. In den meisten Fällen reichen die Kapazitäten der Gewerkschaften nicht aus, um die Arbeitnehmer_innen aus kleinen Betrieben zu organisieren. In der Türkei haben rund 60 Prozent aller Betriebe eine Belegschaft von weniger als 50 Personen.

Die unabhängigen und eher links verorteten Gewerkschaften in der Türkei äußern sich immer wieder zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen. Sie spielen fast immer eine Rolle bei politischen Massenbewegungen wie Demonstrationen am 1. Mai, Friedensbewegungen oder den Gezi-Protesten von 2013. TÜRK-İŞ ist der Gewerkschaftsdachverband mit der größten Zahl von Mitgliedern im privaten Sektor. Während der Vorstand als regierungsnah gilt, sind einzelne Mitglieds-gewerkschaften durchaus kämpferisch. Offiziell sind alle Gewerkschaften Mitglied des staatlichen »Sozial- und Wirtschaftlichen Rates«. Dieser ist aber erst wenige Male zusammengetreten und bleibt ein ineffizienter Mechanismus des sozialen Dialogs. Die internationale Arbeit der türkischen Gewerkschaften geschieht meistens über ihre Dachverbände. Es existiert eine Zusammenarbeit mit der ILO, den EU-Institutionen oder auch eine branchenspezifische internationale Zusammenarbeit. Trainingsmaßnahmen und Weiterbildungen für die Mitglieder sind die Aufgaben der Branchengewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Seit Januar 2013 wird die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in der Türkei über ein zentrales, staatlich kontrolliertes Onlinesystem erfasst. Dieses digitale System hat die Verlässlichkeit der Daten deutlich erhöht und ermöglicht erstmals eine umfassende Erfassung der Mitgliedschaften. Zwischen Januar 2013 und Januar 2025 stieg die Zahl der Mitglieder in Arbeiter_innengewerkschaften von knapp einer Million auf rund 2,5 Millionen. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im Privatsektor von

9,2 Prozent auf 14,97 Prozent zu. Diese Entwicklung veränderte auch die Gewerkschaftslandschaft: Während HAK-İŞ deutlich an Mitgliedern gewann, verlor TÜRK-İŞ ebenso wie DİSK relativ an Einfluss.

Rechnet man die rund zwei Millionen gewerkschaftlich organisierten Beamt_innen hinzu, ergibt sich eine Gesamtzahl von etwa 4,5 Millionen Mitgliedern bei einer Erwerbsbevölkerung von über 32 Millionen. Trotz vieler struktureller Hindernisse zeigt sich hier das Potenzial der Gewerkschaften. Es gibt beispielhafte Fälle, in denen Beschäftigte in Subunternehmen gemeinsam mit Gewerkschaften Druck auf die Regierung ausübten und durchsetzen konnten, dass sie direkt bei den Stadtverwaltungen angestellt wurden – davon profitierten fast eine Million Beschäftigte.

Wird als Maßstab für politischen Einfluss das Ausmaß der Veränderung staatlichen Handelns genommen, so war der gewerkschaftliche Einfluss in den 1990er-Jahren deutlich größer als heute. Zwischen 1989 und 1995 reagierten die Gewerkschaften mit Massendemonstrationen, Märschen und Streiks auf arbeitnehmerfeindliche Regierungsmaßnahmen. DİSK, KESK und teilweise auch TÜRK-İŞ zählen weiterhin zu den oppositionellen Kräften. HAK-İŞ sowie die Beamtenkonföderationen Memur-Sen und Kamu-Sen gelten hingegen als regierungsnah.

Innerhalb der Gewerkschaften bestehen starke Rivalitäten – nicht nur zwischen verschiedenen Dachverbänden, sondern auch innerhalb derselben Organisation. Eine Vereinigung von Gewerkschaften derselben Branche erscheint angesichts dieser tief verankerten Unterschiede derzeit wenig realistisch.

Cihan Hüroğlu, Programmmanager im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul

Tina Blohm, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften
constantin.groll@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.